



„Der Kommerzialisierung eine Grenze setzen“

In seiner vergangenen Sitzung hatte der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden über die Ladenöffnungen an Sonntagen zu befinden. Während CDU und FDP für eine deutliche Ausweitung der Sonntagsöffnungen plädierten, setzte Rot-Grün-Rot den bereits eingeschlagenen Weg fort. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

*Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,*

der Stadtrat hatte im vergangenen Jahr nach langer und intensiver Diskussion die Entscheidung getroffen, der weitgehenden Kommerzialisierung unserer Gesellschaft eine Grenze zu setzen und der ständigen Aushöhlung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken. Und nun kommen CDU und FDP wieder an und fordern, das Fass nochmal neu aufzumachen. Dazu kann ich Ihnen gleich sagen, der Deckel bleibt drauf. Dieses Manöver macht aber sehr schön deutlich, wer in diesem Stadtrat wessen Interessen vertritt: dort die Lobbyisten der Einzelhandelskonzerne und hier die Vertreter der hart arbeitenden Verkäuferinnen und Verkäufer, die gerade in der Adventszeit großen Belastungen ausgesetzt sind.

Ja, wir von der LINKEN sind der Auffassung, dass sich ein Tag in der Woche von der Geschäftigkeit der Werkstage unterscheiden sollte. Wir befinden uns mit dieser Auffassung auch in guter Gesellschaft, nämlich in jener der Mütter und Väter des Grundgesetzes und der Sächsischen Verfassung. Diese haben den Sonntag als „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ verfassungsrechtlich geschützt. Der Schutz der Sonntagsruhe ist nicht etwa überholt, sondern aktueller denn je. Gerade in unserer heutigen Gesellschaft, die vielfach von der Maxime des „Höher, Schneller, Weiter“ geprägt ist, braucht es einen Tag der Entschleunigung. Einen Tag, der nicht durch den Kommerz geprägt ist. Einen Tag, der vor allem der Familie gehört. Einen Tag, der sich deutlich unterscheidet von der Hektik des Alltags. Und das ist der Sonntag.

Dies ignorierend und das dritte Gebot missachtend, ist der Sonntag seit Jahren den immer wiederkehrenden Angriffen der Neoliberalen und der Christenunion ausgesetzt. Ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Das ist es also, was in diesen Tagen das Denken der konser-



Foto: Ushuaia / pixelio.de

vativ-liberalen Köpfe in Dresden beherrscht. Ein Weltbild, angesiedelt im Mikrokosmos zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping.

Immer wieder wird von CDU und FDP angeführt, die Geschäfte müssten im Advent auch Sonntags öffnen, damit der Handel Umsatz machen können. Dem will ich an dieser Stelle drei Argumente entgegenhalten:

Erstens: Das Bundesverfassungsgericht hat klar geurteilt: „Ein bloß

wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potenzieller Käufer genügen (...) nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.“

Zweitens: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Die Kaufkraft der Menschen wird nicht dadurch größer, dass sie sonntags zum Shopping gehen.

Drittens: Die Läden dürfen in Sachsen von Montag bis Samstag täglich von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr öffnen. Das sind bereits 96 Stunden die Woche.

Für den Kommerz und für die Durchkommerzialisierung unserer Gesellschaft muss es Grenzen geben. Deshalb werden wir von der LINKEN gemeinsam mit Grünen und den Sozialdemokraten den bereits eingeschlagenen Kurs fortsetzen und keine zusätzlichen Sonntage zur Öffnung zulassen. Vielen Dank.

Mit allen Mitteln

Zum Stellenwert von Kunst in der aktuellen Gesellschaftskrise

von Jacqueline Muth

Gerade hatte ich diesen Artikel fertig geschrieben und wollte auf die „Senden“-Taste im Email-Fach drücken, um ihn mit einiger Verspätung an Max zu übermitteln, der bereits sehnsüchtig darauf wartete – den Drucktermin vor Augen. Da erreichte mich die Nachricht, dass soeben die bekannte Pop-Band „Die Toten Hosen“ am heutigen Montag abend als Überraschungsgast die Demo der „wenigen Hundert verbliebenen Pegida-Gegner“* mit einem Auftritt aufmunterte (*frei zitiert nach SZ-online). Und prompt musste ich die Einleitung noch einmal ändern.

Sicher habe nicht nur ich gedacht: Schade, das hätte ich auch erleben können. Wann war ich eigentlich das letzte Mal montags auf der wöchentlichen Pegida-Gegen-Demo? Im übrigen ist nicht das – vermutlich gemeinsam mit dem Publikum geprühlte – dargebotene Lied entscheidend. Dieses wurde im eilig verfassten online-Kommentar nicht einmal erwähnt. Dennoch verbreitete sich die Kunde über den Auftritt rasend schnell im Netz. Und ich bin sicher: Er wird seine Wirkung nicht verfehlen. Warum?

Dass die „Toten Hosen“ für einen kleinen euphorischen Aufschrei sorgten, liegt an ihrer Popularität. Die Sänger (=Künstler) verschafften der Versammlung nicht nur eine weit größere Medienpräsenz (die sie eigentlich auch ohne den Auftritt verdient hätte). Sie hinterließen am heutigen Montag sicher auch viele gestärkte Mit-Demonstrant_innen, die für ihre allwöchentliche öffentliche Kundgebung eine kleine unerwartete „Belohnung“ erhielten.



Das Monument von Manaf Halbouni

Foto: Cornelia Eichner

Am vergangenen Wochenende sorgte eine Kunstaktion von Svea Duwe ebenfalls für Überraschung und Anerkennung im öffentlichen Raum. Neben Pressevertretern (immerhin auch dpa und Sachsenspiegel) folgten der 30-Personengruppe um die Künstlerin zahlreiche Passanten und Passantinnen, wippten im Takt zu „Die Gedanken sind frei“ vom mitgeführten xylophon-artigen Musikinstrument und diskutierten angeregt. Nicht alle verstanden wohl, wie viel diese künstlerisch-abstrakte Aktion „Der Spiegelmarsch“ mit der aktuellen politischen Situation – und auch ein bisschen mit Pegida – zu tun hat. Dennoch verfehlte die Aktion ihre Wirkung nicht.

Und auch die Installation „Monument“ von Manaf Halbouni auf dem Neumarkt um den 13. Februar herum durfte sich großer Beachtung erfreuen. Das

Kulturamt rief sogar eilig eine Bürger-versammlung ein zum Kunstwerk, um der entfachten Diskussion einen kulturierten Rahmen zu geben. Warum drei Busse die ach so schöne Frauenkirche verstellten, wie und mit welchen Mitteln wir zukünftig gedenken wollen und Krieg und Frieden im Allgemeinen – dies nur ein kleiner Ausschnitt der Diskussion, die nicht auf dem Podium sondern fast ausschließlich vom Publikum bestritten wurde. Ursache – Wirkung – Diskussion der Wirkung – Diskussion der Ursache. Oder so ähnlich.

Diese wenigen eindrucksvollen Beispiele aktueller künstlerischer Beiträge zur erhitzten gesellschaftlichen Debatte in Dresden zeigen deutlich, wie wichtig Kunst in unserem Leben ist. Viele weitere Beispiele werden schnell übersehen oder erreichen nur ein kleines

Publikum. Doch auch sie sind wichtig und zugleich der Nährboden, auf dem diejenigen Kunstwerke entstehen, die einen kurzen Moment lang im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit breite Diskurse entfachen, begleiten, anreichern oder einfach nur den Anlass geben, mal wieder über Sinn und Zweck der geistigen Inspiration zu grübeln.

Es gäbe noch so viel mehr zu sagen über den gesellschaftlichen Wert von Kunst und warum gerade in einer Zeit, in der wir uns auf das Wesentliche konzentrieren müssen, Kunst eine wichtige Rolle einnimmt. Nicht (nur), weil Kunst das Leben schöner macht. Nicht jede Kunst ist schön oder leicht zu verdauen. Sondern weil Kunst das geistige Leben wachhält. Kunst regt zur Reflektion an, trägt zur Kommunikation bei und zeigt mitunter Wege, die sonst verborgen blieben. Kunst bietet außerdem die Möglichkeit, kultiviert zu streiten. Und ein bisschen Kultiviertheit im Streit tut gerade jetzt so bitter Not.

Deswegen und gerade jetzt müssen wir dafür sorgen, dass Kunst und Kultur einen wichtigen Stellenwert in unserer Gesellschaft behalten. Und auch im Haushalt der Stadt braucht die Kultur einen ordentlichen Stellenwert, damit sie existieren kann. Mit allen Mittel eben.

Im Übrigen ist mir bewusst, dass der eine oder die andere Leserin erbot reagiert, weil ich „Die Toten Hosen“ eingangs als Pop-Band bezeichnete. Wir können gerne darüber diskutieren bei Gelegenheit. Oder auch streiten. Ich freu mich drauf. Hauptsache kultiviert.

Aus der Stadtratssitzung am 23. März 2017

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Schnee von morgen

Stadtrat auf Kaffeefahrt: Ski-Weltcup beschlossen

300.000 Euro pro Jahr, 5 Jahre lang. Kunstschnee aus Klotzsche. Für manche ist die Idee des Ski-Weltcups eine ambitionierte Idee mit Werbepotenzial für Dresden. Wir halten es für unökologischen Unsinn. Margot Gaitzsch in der Debatte: "Jetzt wird diskutiert, die Gebühren für Sportplätze und -hal-

ten zu erhöhen. Wären 300.000 Euro dort nicht besser angelegt?" Der restliche Stadtrat aber war heute hellauf begeistert, hatte doch Sportmoderator René Kindermann mit Werbevideo für sein millionenschweres Privatvorhaben geworben. In bester Kaffeefahrtmanier ließen sich die Stadträte einlullen und auch die erst skeptischen Grünen stimmten rundweg zu.



Bundeswehr-Hubschrauber verhindert Wohnungen: Ein Investor plant im Jägerpark Hunderte Wohnungen, darunter viele Wohnungen zu günstigen Mieten. Aber: der dazugehörige Bebauungsplan kann nicht bearbeitet werden. Grund ist ein fehlendes Lärmschutzgutachten. Das kann aber nur erstellt werden, wenn die Bundeswehr die genauen Eckdaten ihres Helikopterlandeplatzes zur Verfügung stellt. Die weigert sich aber, weil sie die Fläche lieber frei haben möchte. Tilo Wirtz fühlte in dieser Sache der Verwaltung auf den Zahn. Jetzt gilt es dranzubleiben - der Jägerpark verdient bezahlbaren Wohnraum und keine Militärhubschrauber mit dazugehörigen Landeplätzen.



Armee vs. Jägerpark

Nächste Sitzung: Mittwoch 12. April Rathaus

RATSSPLITTER



Robotron gerettet

Nachdem der Abriss der früheren Robotron-Kantine bereits so gut wie begonnen war, haben Gespräche mit dem Investor und ein Eilantrag von Grünen und LINKEN den Durchbruch gebracht. Die Denkmalschutzbehörde wurde beauftragt, die Denkmalswürdigkeit der Kantine zu überprüfen. Der Abriss ist verhindert, der nächste Schritt ist die Suche nach eine neuen Nutzung dieses Schmuckstücks der Ostmoderne. In der Debatte tobte die rechte Seite des Rates. "Höhepunkt": Franz-Josef Fischer kritisierte die Bausubstanz, erinnerte sich an seine Stationierung in Prora und verwies mit Stolz auf die gute Bauqualität der dortigen Gebäude.



sonntags: Ruhe!

André Schollbach: "Ein Tag in der Woche sollte sich unterscheiden von der Geschäftigkeit der üblichen Werkstage. Dieses verfassungsmäßige Gut gilt es zu schützen." Rot-Grün-Rot entscheidet sich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und lässt nur einen stadtweiten verkaufsoffenen Sonntag für 2017 und 2018 zu. Hinzu kommen regionale Sonntagsöffnungen zu Stadtfesten wie St. Pieschen, dem Westhangfest oder der BRN. FDP und CDU liefen heute Sturm gegen nur einen verkaufsoffenen Sonntag. Rot-grün-rot sorgt für Planungs- und Rechtssicherheit und "setzt dem Kommerz Grenzen", wie André Schollbach in der Debatte betonte.

Zielgerichtet Angebote schaffen

Rot-Grün-Rot hat im Haushalt einen Fonds für soziale Projekte mit 2,0 Millionen Euro ausgestattet.

von Pia Barkow

Mit dem Haushaltsbeschluss für 2017 und 2018 wurden deutlich mehr Mittel für den Sozialbereich bereitgestellt. Nach dem gerade hier über Jahre das Credo hieß: sparen sparen sparen, können nun Mittel für neue Projekte bereitgestellt und das bestehende Angebot ausgebaut werden. Beides ist dringend notwendig, wurde doch bisher durch den immer nahezu gleich bleibenden Etat für die Förderung sozialer Projekte real eine Kürzung vorgenommen. Denn die Bevölkerung in Dresden steigt stetig und somit müssen die bestehenden Angebote für immer mehr Menschen ausreichen. Unser Ziel besteht darin, zu erreichen, dass langfristig Spielräume bei der Förderung sozialer Projekte vorhanden sind, um besser auf aktuelle Entwicklungen eingehen zu können. Für einen ersten Aufschlag sollen im Themenfeld Eltern und Familie neben den bestehenden Angeboten Anlaufstellen für Alleinerziehende, für von Gewalt betroffene Frauen, Männer und Kinder und für junge Eltern ausgebaut werden. Zum Hintergrund: Etwa 23% Prozent aller Kinder in Dresden wachsen bei nur einem Elternteil auf. Alleine für Kinder verantwortlich zu sein ist eine große Herausforderung, zumal oftmals die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur schwer möglich



Foto: Stephanie Hofschlaeger

ist. So sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehende auf Sozialleistungen angewiesen. Umso wichtiger ist es zielgerichtete Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten für Alleinerziehende zu schaffen und auszubauen.

Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2004 hat jede vierte Frau in Deutschland schon einmal häusliche Gewalt erlebt. In besonders schweren Fällen kann die Flucht ins Frauenschutzhause die letzte Rettung für die Betroffenen sein. Mehr als die Hälfte der Frauen, die in das Frauenhaus in Dresden fliehen, hat Kinder, die sie mitnimmt. Doch bisher gibt es in Dresden keine eigene, speziell auf Kinder zugeschnittene Beratung im Fall (mit-)erlebter häuslicher Gewalt. Gera-

de das wird jedoch als unabdingbar angesehen, um Kindern die Verarbeitung von Gewalterfahrungen zu erleichtern. Darum soll jetzt hierzu ein eigens auf Kinder und Jugendliche spezialisiertes Beratungsangebot geschaffen werden.

Ferner soll eine barrierefreie Krisenwohnung zur Unterbringung Schutzbedürftiger angemietet werden. Im Dresdner Frauenschutzhause stehen 32 Plätze für schutzsuchende Frauen und Kinder zur Verfügung. Keiner dieser Plätze ist barrierefrei. Und das obwohl Studien belegen, dass die Häufigkeit der Betroffenheit häuslicher Gewalt bei Menschen mit Behinderungen nochmals höher sind.

Und schließlich soll die Beratungsstelle sich durch mehrsprachige und

interkulturell geschultes Personal besser auf die Situation Betroffener mit Migrationshintergrund eingehen können. Es hat sich gezeigt, dass die Problemlagen gewaltbetroffener Migrantinnen deutlich komplexer sind und einen erheblichen Mehraufwand in der Beratungsleistung mit sich bringen.

Diese Erweiterungen sind dringend notwendig. Doch auch im Bereich der Prävention soll weiter gearbeitet und ein in Hamburg entwickelter Ansatz erprobt werden. Der Grundgedanke lautet: Integration der Gewaltschutzarbeit in bereits vorhandene Angebote und Strukturen. Konkret bedeutet dies, spezielle Gewaltschutzangebote an einen bestehenden, gut vernetzten lokalen Träger anzudocken, also z.B. Stadtteilzentren, Quartiersläden, Mehrgenerationen-, Kinder- und Jugendhäuser. Dadurch sollen zum einen für die Betroffenen Hürden abgebaut werden, sich Hilfe zu holen und andererseits Einrichtungen, die nicht direkt mit häuslicher Gewalt arbeiten auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Die Erfahrungen aus Hamburg zeigen eine positive Entwicklung, insbesondere durch eine deutlich gestiegene Sensibilisierung und geschulten Umgang mit Betroffenen häuslicher Gewalt/ Partnerschaftsgewalt.

Provisorische Ertüchtigung des Foyergeländers im Neuen Rathaus:

Mit Netz als doppelten Boden

von Tilo Wirtz

Es ist hart, jeden Tag die Lokalseite einer Zeitung vollschreiben zu müssen, damit die Werbung einen redaktionellen Rahmen hat. Da viele Dinge in der kommunalen Selbstverwaltung wenig Unterhaltungswert haben, sind sie in den Lokalredaktionen wahrscheinlich froh, wenn mal ein Gegenstand ordentlich polemisch ausgewalzt werden kann, ohne vermeintlich gleich jemandem auf die Füße zu treten. In letzter Zeit waren städtische Geländer dran, die gegen die Langeweile im Lokalteil in Stellung gebracht wurden. Und so überboten sich die Blätter mit Geländer-Possen, Geländer-Riesenzoff, Geländer-Gaga, Geländer-Wahnsinn und Geländer-Irrsinn in den Überschriften. Der Denkmalschutz wurde gegen die Sicherheitsanforderungen der geltenden Bauvorschriften ausgespielt und Lösungen für die Ertüchtigung von Geländern kritisiert. Allerdings wurden auch keine besseren Vorschläge gemacht. Die Reaktion des Publikums war allerdings ernüchternd und reichte von „Muss denn das sein?“ bis „Die Leute sollen einfach selbst aufpassen!“ Aber so geht es nicht.

Recht auf körperliche Unversehrtheit

Ein Hintergrund der für Laien unnötig kompliziert scheinenden Bauvorschriften ist das im Grundgesetz verankerte Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit. Für technische Anlagen wie Bauwerke heißt das, sie sind so zu errichten, zu erhalten und zu betreiben, dass keine Gefahr für Gesundheit und

Leben von ihnen ausgeht. Dabei ist nicht nur der Einsturz oder problematisches Brandverhalten und die damit verbundene Gefährdung von Menschen auszuschließen, sondern auch der Absturz von Treppen, Emporen und Galerien, weil die Geländer versagen oder untauglich sind. Die Verantwortung liegt werkvertraglich bei den Planern und Bauausführenden sowie beim Betreiber des Gebäudes, dem die Verkehrssicherungspflicht obliegt.

Nicht mehr als zwölf Zentimeter Abstand zwischen Geländerteilen!

Konkret beim Foyergeländer im Neuen Rathaus ging die Gefahr von einem viel zu großen Abstand der Geländerfüllung aus. Zwischen den einzelnen vertikalen Streben unter dem Handlauf besteht ein lichter Abstand von dreißig Zenti-

metern. Gemäß DIN 18065 darf dieser Zwischenraum allerdings nur zwölf Zentimeter im Lichten betragen. Die Begrenzung dieses Maßes begründet sich in der Gefährdung von Kleinkindern, die sich ab mehr als zwölf Zentimeter Abstand durch die Geländer durchzwängen können, was unmittelbar zur Gefahr des Absturzes führt, vorliegend im Foyer des Neuen Rathauses vor dem Saal mit einer Höhe von schätzungsweise vier Metern. Dass das Geländer möglicherweise nicht den aktuellen Lastanforderungen genügt und etwas zu niedrig ist, kommt noch hinzu – ist allerdings bei einem Bestandsgebäude nicht ganz so kritisch zu sehen. Um zu verhindern, dass kleine Personen durch das Geländer rutschen, wurde zunächst ein provisorisches Zweitgeländer angebracht, welches mit einem textilen Netz versehen ist, das für die notwendige Dichtigkeit

der Geländerfüllung sorgt. Dies war dringend notwendig, denn Rathäuser sind als öffentliche Gebäude keine kindfreien Zonen. Auf der anderen Seite wurde mit der additiven Lösung das Bestandsgeländer im Sinne der Denkmalpflege als transparente leichte Metallkonstruktion bewahrt. Wie die Geländer im Foyer vor dem Plenarsaal dauerhaft ertüchtigt werden, wird sich im Zuge der weiteren Sanierungsabschnitte zeigen.

Noch nie was passiert? - Doch!

Ganz Schlaue behaupteten dann noch, dass der ganze Aufwand unnötig sei, da ja noch nie etwas passiert sei an diesen Geländern. Sie verkennen aber, dass falsch gebaute Geländer tickende Zeitbomben sind, an denen jederzeit ein Unglück geschehen kann und es passiert jede Menge. Erst am 16. Februar ist ein zweijähriges Kind im Arbeitsamt Viersen durch ein offensichtlich mangelhaftes Geländer vier Meter tief gefallen und musste mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik gebracht werden. Inzwischen wurde das betreffende Geländer durch zusätzliche Holzstreben gesichert. Wäre dies rechtzeitig geschehen, wäre der Schreck mit dem abgestürzten Kind in Viersen erspart geblieben. Gut, dass die Gefahr im Dresdner Rathaus erkannt und gebannt worden ist, bevor jemand zu Schaden gekommen ist. Den vorherigen Satz hat in dem Zusammenhang keine der Dresdner Tageszeitungen geschrieben. Er würde nicht in das Narrativ einer unfähigen Verwaltung, schildbürgerhafter Bauleute und einer neunmalklugen Zeitung passen.



Foto: Tilo Wirtz

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Wer kennt sie nicht die „Kuh im Propeller“ von Michail Sostschenko, pointiert rezitiert von Manfred Krug. Der arme Grigori Kossonosow agitierte, um die Bauern vom Flugwesen zu überzeugen. Doch stattdessen verunsicherte er sie mit der Aussicht, dass künftighin ihre Kühe, Hunde und Pferde durch Propeller zerteilt werden könnten.

Zwar sind in Dresden weder Kühe noch Pferde in Gefahr, dafür aber mal wieder ein paar neue Wohnungen. Konkret geht es um ein geplantes Wohnungsbauprojekt mit 700 Wohnungen im Jägerpark, dem ausnahmsweise weder Ungemach durch ein Jahrhunderthochwasser, noch durch die „rot-rot-grüne Verhinderungscoalition“ droht. Der Standort ist weit genug von der Elbe weg, 150 Sozialwohnungen sind vorgesehen und überhaupt: Zusätzliche Wohnungen werden in Dresden dringend gebraucht.

Gefahr geht vielmehr von Flugwesen aus, genauer gesagt von den Propellern der Bundeswehruhubschrauber. Diese können zwar keine Wohnungen teilen, aber sie verursachen Lärm, ganz schön viel wie jeder bestätigen kann, der einmal neben einen aufsteigenden Hubschrauber stand. Und wo ein Hubschrauber ständig startet und landet, möchte sicher niemand wohnen. Freilich hat sich der Investor da wenig Sorgen gemacht, da der Hubschrauberlandeplatz der Offiziershochschule weit genug von den künftigen Wohnungen weg ist und die tatsächliche Flugbelastung sich in Grenzen hält.

Was aber konnte man im letzten Stadtrat lernen? Die Bundeswehr proviantiert sich für den Ernstfall nicht nur mit Flugbenzin, scharfer Munition und Schokoriegeln auf, sondern denkt auch an eher ideale Vorräte. So beansprucht sie „unabhängig von der derzeitigen Nutzung“ ein „Lärmkontigent“ von 65 Dezibel pro Quadratmeter. Im Unterschied zu jedem anderen Bauherrn muss sie die exorbitante Lärmemission auch nicht erst bei den Dresdner Umweltbehörden beantragen. Wegen der strengen militärischen Geheimhaltung des Lärmes, hat sie sich dieses Vorrecht gleich mal selbst genehmigt.

Da konnten die Stadträte nur noch staunen wie einst die Genossen Bauern. Die Begeisterung für den Bundeswehrstandort dürfte beim rückständigen Volk etwas gelitten haben.

„Daseinsvorsorge gehört nicht an die Börse“

Uwe Schaarschmidt ist neuer Stadtrat für die Dresdner Altstadt und Friedrichstadt. Wir sprachen mit dem 51 Jährigen über seine Vorhaben

Der Anlass Deines Nachrückens in den Stadtrat war ein sehr trauriger, der Tod von Hans-Jürgen Muskulus, dessen langjähriger Mitstreiter Du warst. Nun bist Du als Stadtrat der LINKEN vereidigt worden. Was werden die thematischen Schwerpunkte Deiner künftigen Stadtratsarbeit sein?

Ich habe die Mitgliedschaften Hans-Jürgens in den beiden Ausschüssen übernommen, also dem Sozialausschuss und dem Gesundheitsausschuss. Außerdem die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat des Dresdner Zoos. Ich werde mich also künftig um Dresdens Arme, Kranke und Tiere bemühen. Eine große Aufgabe.

Gibt es schon konkrete Dinge oder Aufgaben, die du gleich zu Beginn besonders intensiv angehen willst?

Nein. Zunächst einmal muss ich wohl lernen, wie Kommunalpolitik so tickt. Ich will ja auch nichts falsch machen oder meinen Kolleg*innen in der Fraktion oder der Kooperation Themen wegnehmen. Ich bin – kommunalpolitisch – ganz eindeutig der junge Spund – da sollte man erst mal schauen, wie die Alten – also Kerstin Wagner und Pia Barkow – den Mörtel anrühren.

Soziale Themen bestimmen seit vielen Jahren Deine politische Arbeit: Welche Maximen verfolgst Du dabei?

Das ist ja lustig – wenn man von jemandem, der Maximilian heißt, nach seinen Maximen befragt wird. Na ja – Maximen sind ja eine sehr moralische Angelegenheit, bis tief in die Unmoral hinein. Meine politische Moral als LINKER ist im Wesentlichen – nicht in allen Punkten – durch das Grundsatzprogramm meiner Partei gedeckt. Die private Aneignung von durch andere Menschen geschaffenen Mehrwert bleibt für mich Diebstahl – egal, wie die von den Dieben geschaffenen Gesetze das werten. Man muss diesen Diebstahl irgendwann beenden.

Vor elf Jahren stellte der Totalverkauf der WOBA eine Zäsur für die Stadt Dresden und für die politische Linke dar – Du warst einer der vehementen Kritiker des Verkaufs. Welche Erwartungen verknüpfst Du mit der Gründung der neuen kommunalen Wohnungsgesellschaft?

Privatisierungen öffentlichen Eigentums – egal ob von Wohnungen, Krankenhäusern, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Bildungseinrichtungen usw. – sind letztlich die völlige Kapitulation der Politik vor den Gewinninteressen der Wirtschaft und sie sind damit auch die endgültige Entdemokratisierung der Gesellschaft.

Dort, wo dies geschehen ist, muss man versuchen, das rückgängig zu machen. Daseinsvorsorge gehört nicht an die Börse. Im konkreten Fall erhoffe ich mir, dass ein Wohnungsunternehmen in

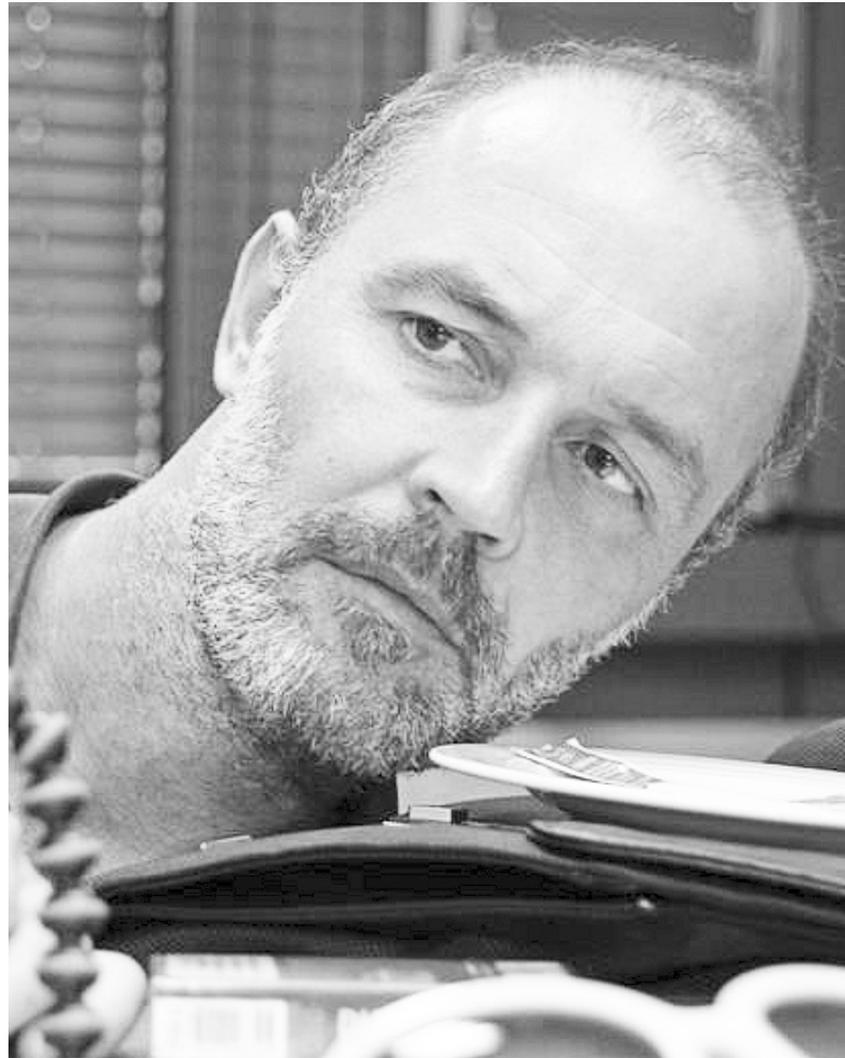


Foto: Privat

öffentlicher Hand, das der Profitlogik nicht unterworfen ist, langfristig zur Entspannung des Wohnungsmarktes führt. Dazu muss es natürlich wachsen.

Du hast nun schon zwei Ratssitzungen als Stadtrat erlebt, Dein Kommentar zu den bisher geführten Debatten?

Stadtratssitzungen sind ja – wie Sitzungen in Landtagen oder dem Bundestag auch – im wesentlichen die öffentliche Darstellung von vorab getroffenen politischen Entscheidungen, auch wenn es in der Kommunalpolitik keine Regierung im Sinne des Bundes und der

Länder gibt. Man führt also der Öffentlichkeit Begründungen für politische Entscheidungen vor. Und da ist das Niveau der Debatten im Bundestag nur unwesentlich höher als jener im Stadtrat

Dein Wahlkreis ist die Dresdner Altstadt mit der Friedrichstadt. Mit welchen Themen wirst Du Dich in der Altstadt auseinandersetzen?

Da ich nicht in der Altstadt wohne, werde ich wohl erst in Erfahrung bringen müssen, was genau da in meinem Aufgabenbereich Not tut. Immerhin gibt es da ja ein Krankenhaus und den Zoo.

Fragen: Maximilian Kretzschmar

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Redaktionsschluss 2017

18.04.2017
23.05.2017, 20.06.2017
18.07.2017, 22.08.2017
19.09.2017, 17.10.2017
21.11.2017, 12.12.2017

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Pia Barkow, Tilo Wirtz, Jacqueline Muth, Jens Matthis, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog